HAMBURG & DER NORDEN

Christoph Rybarczyk

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ehrte den Hamburger Förderkreis der Uni Haifa. Michael Otto und Aydan Özoğuz applaudieren. BERND VON JUTRCZENKA / DPA

Steinmeier würdigt Hamburg-Haifa

Bundespräsident nutzt Empfang der Uni-Förderer für feinsinnige Kritik an israelischer Regierung

Berlin. Auf dem Programm stand Hamburg-Haifa – doch der Bundespräsident wäre nicht der Top-Diplomat, der er als ehemaliger Außenminister irgendwie nach wie vor ist, wenn ihm nicht ein Kunstgriff gelänge. Frank-Walter Steinmeier nutzte am Freitag den Empfang der Hamburger Förderer der Universität Haifa im Schloss Bellevue, um seine Kritik an den umfassenden Reformen der israelischen Rechts-Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu feinsinnig zu verkleiden.

„Wie gerne denke ich an die Tage in Haifa, hoch oben auf dem Karmelgebirge“, schwärmte das Staatsoberhaupt in seiner Eloge auf die Stadt, ihre Universität und den hanseatischen Förderkreis, der prominent besetzt ist. Steinmeier lobte die „Multiversity“ der Uni, ihren Einsatz für Gleichberechtigung, ja mehr: ihre Friedensförderung zwischen Juden und Arabern und die Programme für Minderheiten.

Und dann wurde Steinmeier düster: Hass und Gewalt bedrohten den Traum vom Frieden im gelobten Land. Und eine Regierung, die einen „Umbau des Rechtsstaates“ plane. Netanjahus Name fiel nicht, aber der des Präsidenten, Steinmeiers Amtskollege in Jerusalem. Mit Isaac Herzog sei er in ständigem Austausch. „Diejenigen, die sich für Verständigung und Entspannung, für Dialog einsetzen, verdienen all unsere Unterstützung“, so Steinmeier. Und die anderen, Netanjahus Kabinett, das unter anderem Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs mit einfacher Knesset-Mehrheit kippen will, die erwähnte der wortstarke Steinmeier nicht.

> Multiversity ist Ihr Konzept für die Zukunft. Ihre Universität wird noch stärker vom Berg Karmel in die Stadt, ins Land und in die Welt ausstrahlen.
>
> **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**

Da staunte man im festlichen Bellevue. Die israelischen Wissenschaftler um Uni-Präsident Ron Robin waren bewegt. Der deutsche Bundespräsident sehe, dass ihre Freiheit aktuell ernsthaft bedroht sei, sagte eine Professorin dem Abendblatt. Hamburgs Haifa-Helfer wie Aydan Özoğuz (SPD, Bundestags-Vizepräsidentin) oder die Wirtschaftsgrößen Michael Otto, Nikolaus W. Schües, Gunther Bonz oder Michael Behrendt waren sicher: Diese Botschaft kommt an.

Der deutsche Förderkreis der Uni Haifa ist ein einzigartiges Projekt. Der Vater des Bankiers Max Warburg, Eric M. Warburg, hatte vor gut 50 Jahren mit einer Gruppe prominenter Hamburger begonnen, die junge Hochschule des vergleichsweise ebenso jungen Staates zu fördern. Sie tickt mit ihrer tiefschürfenden Idee von der friedlichen Koexistenz der Juden und Araber in Israel so gänzlich anders, als man es erwartet. Diesen Spirit und die aktive Förderung gerade arabischer junger Frauen hat sie sich bis heute bewahrt. Deshalb hat die Uni Haifa auch sofort aus der Ukraine geflüchtete Wissenschaftlerinnen aufgenommen und sie zum Weiterforschen in Israel ermutigt und befähigt.

Dass dazu spontan eine sechsstellige Summe an Soforthilfe aus Hamburg kam, war schon beinahe selbstverständlich. Denn auch das nach Versandhaus-Mogul Werner Otto benannte Stipendium (Arab Women Graduate Program) finanziert die wissenschaftliche Qualifikation von Frauen in Haifa. Die Joachim Herz Stiftung ist gleichfalls engagiert – alles im Sinne des „alten“ Warburg, der 1938 vor den Nazis in die USA floh. Und der nach dem Krieg zurückkehrte, in Blankenese zeitweilig 300 Kinder aus Bergen-Belsen aufnahm und die Atlantik-Brücke gründete.

Die Uni Haifa versteht sich als ein Labor für ein innovatives, friedliches Miteinander, das nach unserem Verständnis von der realen Gewalt, die tagtäglich den Nahen Osten erschüttert, gar nicht produktiv sein kann. Doch 18.000 Studentinnen und Studenten und Hunderte Wissenschaftler mit ihren bemerkenswerten Forschungen zum Klimawandel, zur Archäologie, Medizin oder den Neurowissenschaften beweisen das Gegenteil.

„Der Campus der liberalen Universität ist der größte Treffpunkt von Juden, Muslimen und Christen auf der Welt – jeden Tag“, sagte Sonja Lahnstein-Kandel, die den Förderkreis seit 15 Jahren leitet. Und doch war sie „seit Wochen“ vor dem Termin im Schloss Bellevue aufgeregt. Nein, verzückt war sie, elektrisiert – „thrilled“, wie sie auf Englisch sagte. Und doch zeigte sie sich „verstört“ angesichts der Tendenzen einer israelischen Regierungspolitik unter dem wiedergewählten Netanjahu, der die liberale Gesellschaft gefährde. In den Worten der weltoffenen Jüdin schwang tiefe Betroffenheit mit.

Leitet den Förderkreis: Sonja Lahnstein-Kandel. BERND VON JUTRCZENKA / DPA

Manfred Lahnstein mit First Lady Elke Büdenbender. CHRISTOPH RYBARCZYK

Uni-Präsident Ron Robin bat um weitere Unterstützung für liberale Ideen. DPA

Beim Empfang in der Hamburger Landesvertretung sagte Sonja Lahnstein außerdem: „Hier in der Jägerstraße in Berlin vibrierte einst das jüdische Leben.“ Sie erinnerte an die Familie Mendelssohn, Schriftstellerin Rachel Varnhagen und Bankier Adolf Jarislowsky. „Sie fühlten sich alle komplett integriert in der Stadtgesellschaft – um dann später (in der Nazi-Zeit; *die Red.*) herauszufinden, dass sie es nicht waren.“

Ihr Mann Manfred Lahnstein war der erste Deutsche und Nichtjude, der den Aufsichtsrat der Uni leitete. Er weiß wie kein Zweiter, dass es Menschen braucht wie Prof. Mouna Maroun. Sie ist die amtierende Forschungsdekanin in Haifa. Die Neurobiologin ist die erste Araberin in Israel, die eine solche Position in den Naturwissenschaften bekleidet. Ihre Eltern waren nur vier Jahre zur Schule gegangen. Prof. Maroun sagte: „Meine Botschaft an die nächste Generation lautet: Wenn ich es kann, dann könnt ihr das auch!“

Dass der deutsche Bundespräsident ihren Namen in seiner Rede nannte, war für sie überwältigend. Noch nachts hatte sie geübt, den Namen der First Lady korrekt auszusprechen: Elke Büdenbender.

Für den Sohn von Gründer Eric Warburg ist das alternativlos. Max Warburg teilte in einem Statement mit: „Es gibt keinen anderen Weg aus dem israelischen Konflikt: Arabische und jüdische Israelis müssen lernen, miteinander zu leben.“

Der Begriff „alternativlos“ wird mit einer Frau verbunden, die ebenso gegen die Erwartung ihren Weg gegangen ist. Sie bekam 2018 die Ehrendoktorwürde der Uni Haifa. Zum Jubiläum sagte sie jetzt: „Diese Institution beweist eindrucksvoll, wie gemeinsames Leben und Lernen von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft möglich ist und wie bereichernd dies sein kann.“ Sie rief die Studierenden auf, „insbesondere angesichts der aktuellen weltweiten geopolitischen Spannungen und Konflikte“ neugierig und offen zu bleiben. Die Frau hatte ihren Arbeitsplatz zuletzt in der Nähe des Schloss Bellevue in Berlin. Sie heißt Angela Merkel.

In Dithmarschen geht die (Wasserstoff-)Post ab

Schleswig-Holsteins Nordseeküste mausert sich immer mehr zur Hightech-Welt für die Energiewende – ein Überblick

Heide. Windstrom und Wasser sind in rauen Mengen da und jetzt auch eine Fülle von Ideen und Projekten, die aus einer Region im Abstieg einen dynamischen Aufsteiger machen sollen. Dithmarschen, Europas größtes geschlossenes Kohlanbaugebiet, will über sich hinauswachsen. Im Zentrum steht Wasserstoff als Schlüsselelement der Energiewende. „Die Region ist sehr cool, die Chancen sind gigantisch“, sagt mit Ulf Jörgensen ein Akteur, der mit einem Start-up global gestartet ist. „Die nächsten Jahre geht hier richtig was ab.“ In Schleswig-Holsteins Südwesten verheißt der Wasserstoff-Pfad Aufbruch.

Der Durchstarter: Jörgensens H2 Core Systems ist Spezialist für modular aufgebaute Wasserstoff-Gesamtsysteme. Das bedeutet eine komplette Energieversorgung, beliebig erweiterbar, ortsunabhängig und so für abgelegene Orte bestens geeignet. Solar- oder Windstrom rein, ein kleiner Elektrolyseur, ein Tank als Wasserstoff-Speicher und eine Brennstoffzelle, so ist erneuerbare Energie rund um die Uhr nutzbar. Das Leistungsspektrum reicht von 2,4 Kilowatt für Anwendungen im kleinen Haus bis zum 1-Megawatt-System im 40-Fuß-Container-Format. Binnen eineinhalb Jahren hat das 25-köpfige Team von Geschäftsführer Jörgensen über 200 Geräte produziert. „Wir haben Kunden auf allen Kontinenten.“ Dieses Jahr werde der Umsatz auf zehn Millionen Euro verfünffacht. „Wir sind in 40 Ländern unterwegs“, sagt Jörgensen. 500 Systeme sollen es 2023 werden. Ab 2025 werde eine große neue Produktionshalle gebraucht. „Und wir werden ein eigenes Schulungszentrum aufbauen.“

Der Anker: Die Raffinerie Heide koordiniert das Projekt „Westküste 100“, investiert da mit Partnern 100 Millionen Euro. „Ziel ist, in industriellem Maßstab im ersten Schritt mittels Elektrolyse aus erneuerbarem Strom grünen Wasserstoff zu erzeugen“, sagt die Bereichsleiterin Commercial and Economics, Sandra Niebler. In der nächsten Stufe „Hyscale 100“ soll dann grüner Wasserstoff im großindustriellen Maßstab hergestellt werden, mit 700 Megawatt Elektrolyseleistung. Die Umstellung von Prozessen soll perspektivisch die Bindung von einer Million Tonnen CO_2 pro Jahr bewirken.

Mit einem 30-Megawatt-Elektrolyseur will die Raffinerie ab 2026 mittels erneuerbarer Energien Wasserstoff erzeugen und in einer ehemaligen Salzkaverne verflüssigt zwischenspeichern, um auch in windschwachen Zeiten industrielle Prozesse aufrechtzuerhalten. Wasserstoff soll in einem Forschungsprozess auch in das Erdgasnetz eingespeist werden, um daraus für künftige Anwendungen zu lernen.

Aus der 700-MW-Elektrolyse wird wohl mehr Abwärme entstehen, als ganz Dithmarschen nutzen könnte. „Den Luxus, Energie dauerhaft zu vernichten, sollten wir uns nicht leisten“, sagt Niebler. Ziel ist die Erzeugung von Produkten wie grünem Methanol, die dann weiter veredelt werden können. Dazu wird die Raffinerie auch CO aus einem Zementwerk beziehen.

Der Hoffnungsträger: Der schwedische Konzern Northvolt hat Heide als europäischen Standort einer Batteriezellenfabrik für E-Autos erwählt. Doch mittlerweile locken die USA mit weit niedrigeren Strompreisen und höheren Subventionen. Damit könnte sich der Bau der Fabrik in Heide verzögern, deutete Firmenchef Peter Carlsson an. Die Entscheidung, welcher Standort zuerst dran ist, wird in absehbarer Zeit erwartet. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat sich wie Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) wiederholt bei Carlsson für Heide engagiert und viel Entgegenkommen signalisiert. Hier könnte Northvolt 3000 Menschen beschäftigen und bis zu 4,5 Milliarden Euro investieren. In Heides Vorort Lohe-Rickelshof und in Norderwöhrden liegen für die Fabrik 110 Hektar Wiese und Acker bereit, dazu etwa 40 Hektar für sogenanntes Nebengewerbe.

Grüne Steckdose: Ein europaweit einzigartiges Gleichstrom-Drehkreuz (Multi-Terminal-Hub) bauen die Netzbetreiber Tennet und 50Hertz. 2032 sollen vier Gigawatt Offshore-Windenergie am Netz sein. Auf 12 Hektar steht ein schon beeindruckendes Umspannwerk von Tennet und SH Netz AG. Bis 2028 sollen 60 Hektar dazukommen. Hinterm Umspannwerk rotiert ein „Sünndreiher“ („Sonnendreher“), eine Photovoltaik-Anlage auf einem Hallendach, die sich mit dem Sonnenstand dreht – so wächst die Ausbeute. Dahinter sind Hunderte Windanlagen zu sehen: Von den 3150 im Land steht ein Viertel in Dithmarschen. Die Westküstenleitung von Brunsbüttel zur dänischen Grenze soll im Spätsommer fertig sein. In Planung ist auch ein Erdkabel für den Windstrom-Abtransport bis Schwerin. Von dort geht es dann nach Süden weiter. *lno*

Anzeige

Brückenabriss bei Reinfeld legt A 1 tagelang lahm

Reinfeld. Die Autobahn 1 zwischen Bad Oldesloe und Reinfeld (Kreis Stormarn) wird voraussichtlich bis Montag in beide Fahrtrichtungen gesperrt. Grund dafür sei der geplante Abriss einer Brücke über die A 1 an der Anschlussstelle Reinfeld, teilte die Autobahn GmbH des Bundes mit.

Deshalb ist die Anschlussstelle in Richtung Norden bereits gesperrt. Jetzt kommt die Sperrung in Richtung Süden dazu. Auch der Rastplatz Melmshöhe wird nach Angaben der Autobahn GmbH voraussichtlich bis zum Montagmorgen gesperrt bleiben. Während der Vollsperrung wird der Verkehr in Richtung Norden ab Bad Oldesloe über die Bedarfsumleitungen U 9 und U 11 geführt. In der Gegenrichtung wird der Verkehr ab Reinfeld über die U 12 zur Anschlussstelle Bad Oldesloe geleitet. Die aus den 1970er-Jahren stammende Brücke muss wegen massiver Schäden erneuert werden. *lno*

Passant in Scharbeutz mit Messer attackiert

Scharbeutz. Ein 37 Jahre alter Mann ist in Scharbeutz im Kreis Ostholstein von zwei unbekannten Männern mit einem Messer angegriffen und verletzt worden. Das Opfer, ein Restaurant-Mitarbeiter, hatte nach Angaben der Polizei gegen 21 Uhr in dem Lokal an der Strandallee Feierabend gemacht und war zu Fuß vorbei an einem Minigolfplatz Richtung Ortskern gegangen. Dort hätten die Täter den Passanten angesprochen und ihn nach einer Zigarette gefragt. Diese händigte er den beiden aus und wandte sich von den Männern ab, um seinen Weg fortzusetzen, so die Polizei. Plötzlich habe einer der Angreifer den 37-Jährigen dann mit einem Messer attackiert und ihn am linken Arm verletzt.

Aus bislang unbekannten Gründen hätten die Täter dann von ihrem Opfer abgelassen und seien in Richtung Ortsmitte geflüchtet. Ein Motiv für den Angriff ist nach Angaben der Polizei bislang nicht bekannt. *lno/HA*

Sozialverbände: Mehr Einsatz gegen Armut

Kiel. Sozialverbände verlangen von der schwarz-grünen Landesregierung in Kiel mehr Engagement im Kampf gegen Armut. „Ministerpräsident Daniel Günther muss die Armutsbekämpfung endlich zur Chefsache machen“, erklärte am Freitag der Landesvorsitzende des Sozialverbandes, Alfred Bornhalm. „Ganz konkret fordern wir, dass der gerade erst aufgelegte Härtefallfonds dafür eingesetzt wird, dass finanziell benachteiligte Haushalte noch stärker als bisher bei den Energiekosten entlastet werden.“ Die Kreise müssten dringend dafür sorgen, dass Antragsberechtigte flächendeckend Zugang zu den Leistungen bekommen.

„Seit Jahren müssen wir mitansehen, wie die Armut in allen Regionen ansteigt und die Quote für Schleswig-Holstein einzig durch den nicht nur sprichwörtlichen Speckgürtel um Hamburg als nicht besorgniserregend wahrgenommen wird“, kritisierte der Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Michael Saitner.

Die Verbände stützen sich auf aktualisierte Daten des Statistischen Bundesamtes. Demzufolge liegt die Armutsquote im Norden mit 15,6 Prozent zwar unter dem Bundesdurchschnitt von 16,9 Prozent, in weiten Teilen des Landes aber darüber. *lno*